ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Werner Kogler, Christiane Brunner, Dieter Brosz, Freundinnen und Freunde

betreffend fairer und vernünftiger Handel statt Konzernjustiz

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage „Fairer Handel statt Konzernjustiz – Regierungsspitze mit Doppelspiel"

BEGRÜNDUNG

Morgen und übermorgen findet der Gipfel zwischen der EU und Kanada statt. Von den vielen drohenden Verwerfungen aus solchen Handelsabkommen mit Konzernklagsrechten soll an dieser Stelle vorerst nur auf folgende Probleme fokussiert werden, wie sie zu Recht in Musteranträgen etwa in niederösterreichischen Gemeinderäten benannt werden:

- Absenkung von EU-Standards
- Datenschutz
- Regulierung der Finanzmärkte
- ArbeitnehmerInnenrechte
- Spiel mit öffentlicher Auftragsvergabe
- Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat
- Unterlaufen eines demokratischen Justizwesens
- Transparenz der Verhandlungen

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass folgende Punkte bei den Verhandlungen zu den Abkommen TTIP, TISA und CETA umgesetzt werden:

1. Die BürgerInnen der EU-Mitgliedstaaten sind umfassend über den Stand und Inhalt der Verhandlungen zu informieren.
2. Die europäischen und nationalen Konsumentenschutzbestimmungen und Umweltstandards dürfen nicht zu Gunsten von Konzerninteressen ausgehebelt werden.

3. Der Schutz der europäischen und nationalen Arbeitnehmerrechte, sowie die hohen nationalen Ausbildungsstandards müssen gewahrt bleiben.
4. Investor-Staat-Klagen (Investor-to-state dispute settlement) vor einem Schiedsgericht bestehend aus Wirtschaftsanwälten dürfen aufgrund von funktionierenden Rechtsstaaten nicht Bestandteil der Freihandelsabkommen werden."